

VERBÄNDE AKTUELL

## Sorgen und Existenzängste wachsen



Das Gastgewerbe steht weiterhin unter Druck. Hintergrund sind gestiegene Preise für Energie, Lebensmittel, Getränke und Personal / Motivbild: DEHOGA/Alois Müller

Das Gastgewerbe steht weiter unter Druck. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband) hervor, an der sich vom 1. bis 4. August 3.509 gastgewerbliche Betriebe beteiligten.

Auch wenn der Juli-Umsatz sich nominal zum ersten Mal auf dem Vorkrisenniveau von 2019 befindet, sind die preisbereinigten Umsätze noch weit von den Vergleichszahlen vor der Corona-Pandemie entfernt. Denn: „Den Umsätzen stehen weitaus höhere Kosten entgegen als vor der Corona-Krise“, sagt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick. „Insbesondere die explodierenden Gas- und Strompreise bereiten den Betrieben sehr große Sorgen.“ Das dritte Verlustjahr in Folge steht zu erwarten. So weist das Statistische Bundesamt von Januar bis Mai einen realen Umsatzverlust von 25,4 Prozent aus (nominal minus 16,9 Prozent).

Bei der Auswertung der Juli-Zahlen wird zudem deutlich, dass die Anzahl der Umsatzverlierer höher ist als die der Umsatzgewinner. So vermelden 49,7 Prozent der Betriebe für den Juli schlechtere Umsätze als im Juli 2019, 27,8 Prozent der Betriebe sogar mit Umsatzverlusten von mehr als 20 Prozent. Gleichzeitig explodieren die Kosten: So stiegen die durchschnittlichen Kosten für Gas im Juli gegenüber dem Juli 2021 um 60 Prozent, für Strom um 39 Prozent, für Lebensmittel um 25 Prozent, für Personal um 18 Prozent und für Getränke um 15 Prozent.

Sieben Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen muss bleiben

Auch die Sicherheit der Energieversorgung im Herbst und Winter beschäftigt die Unternehmen sehr. Zöllick fordert: „Wir erwarten, dass jetzt alles unternommen wird, um

die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten und die Kostenexplosion bei Gas und Strom einzudämmen.?

Die Sorgen und Existenzängste in der Branche wachsen auch im Hinblick auf die am 3. August vorgestellten Pläne zum Infektionsschutzgesetz für den Herbst und Winter. Auch wenn ein Lockdown nicht vorgesehen ist, stiften die vorgesehene Maskenpflicht und weitere Maßnahmen einen hohen Kontrollaufwand sowie unnötige Verunsicherung. ?Wir appellieren an die Bundesregierung und die Landesregierungen alles dafür zu tun, dass Auflagen und weitere Corona-Maßnahmen im Herbst nicht erforderlich sind.?

?Von ganz zentraler Bedeutung ist es, dass die Fortgeltung der sieben Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen jetzt beschlossen wird?, bekräftigt der DEHOGA-Präsident und appelliert: ?Die Gastronomen stehen unter einem enormen Kostendruck. Preisanpassungen dürfen nicht zu einer Überforderung der Gäste führen, die auch von der seit Monaten hohen Inflationsrate betroffen sind. Ein Unterlassen der Verlängerung hätte katastrophale Auswirkungen für die Betriebe und wäre inflationsbeschleunigend. Im Übrigen ist es eine Frage der einheitlichen Besteuerung von Essen mit sieben Prozent. In 21 EU-Staaten wird kein Unterschied bei der Besteuerung von Fertiggerichten aus dem Supermarkt und dem Essen auf dem Porzellanteller im Restaurant gemacht. So zeigt man dort Wertschätzung für die ?öffentlichen Wohnzimmer? der Gesellschaft.?